



# GEMEINSAM ENTWICKELN WIR MANNHEIM WEITER – TROTZ GROßER HERAUSFORDERUNGEN

INVESTITIONEN FORTFÜHREN UND EINNAHMESITUATION  
VERBESSERN

**Reinhold Götz**

*Vorsitzender SPD-Gemeinderatsfraktion*

Rede zum Haushalt 2024 der Stadt Mannheim

Mannheim, 14. November 2023

FRAKTION  
MANNHEIM

**SPD**

# **Gemeinsam entwickeln wir Mannheim weiter – trotz großer Herausforderungen**

**Investitionen fortführen und Einnahmesituation verbessern**

## **SPD-Gemeinderatsfraktion**

Dr. Bernhard Boll

Dr. Stefan Fulst-Blei MdL

Reinhold Götz

Helen Heberer

Stefan Höß

Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper

Thorsten Riehle

Andrea Safferling

Dr. Claudia Schöning-Kalender

Dr. Melanie Seidenglanz

Markus Sprengler

## **Redaktion**

Lena Kamrad

Guido Bartscher

Julia Diez

SPD-Gemeinderatsfraktion

Rathaus E5, 68159 Mannheim

Tel.: 0621 / 293-2090

Email: [spd@mannheim.de](mailto:spd@mannheim.de)

[www.spdmannheim.de](http://www.spdmannheim.de)

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin,  
sehr geehrte Herren Dezernenten,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Mannheimerinnen und Mannheimer,**

es gab wohl in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie eine Zeit mit so massiven Umbrüchen, Verwerfungen, geopolitischen Veränderungen und Herausforderungen durch die Folgen des von Menschen verursachten Klimawandels.

Des Weiteren hat der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine zur Folge, dass viele Menschen das Land verlassen mussten, manche kamen und kommen auch noch in unsere Stadt.

Ganz aktuell treibt uns die Entwicklung im Nahen Osten um. Angesichts des Hamas-Terrors und des Massenmordes an über 1.400 Menschen stehen wir an der Seite Israels und aller unschuldiger Opfer auf beiden Seiten. Unsere Solidarität ist auch in Mannheim gefordert, um zu verhindern, dass Hass, Demütigung und Übergriffe auf unsere jüdischen Mitbürger:innen erfolgen.

Mit beiden Ländern, der Ukraine und Israel verbinden uns besondere Beziehungen, auch aufgrund unserer Städtepartnerschaften mit Czernowitz und Haifa.

All diese Entwicklungen haben zu erheblichen Verunsicherungen bei den Menschen geführt, mit Auswirkungen auch auf die ökonomische Situation: stagnierende wirtschaftliche Entwicklung, hohe Inflationsraten, Kaufzurückhaltung, hohe Energiekosten – all das birgt auch Risiken für unseren Haushalt. Dies müssen wir selbstverständlich aufmerksam im Blick behalten.

Als SPD-Gemeinderatsfraktion tragen wir die zugrundeliegenden Haushaltsprämissen im Wesentlichen mit:

- Keine Erhöhung der Gewerbesteuer
- Einführung einer Übernachtungssteuer mit jährlichen zusätzlichen Einnahmen von ca. 4,5 Millionen Euro, also insgesamt fast 25 Millionen Euro für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung
- Einkommensneutrale Umsetzung der Grundsteuerneuregelung ab 2025

Zu den Haushaltsberatungen werden wir als SPD weitere Anträge zur Haushaltsverbesserung einbringen, u.a. die Einführung einer Grundsteuer C für baureife, aber bisher noch nicht bebaute Grundstücke für Wohnzwecke ab dem Jahre 2025; darüber hinaus einen Prüfantrag,

unter welchen Voraussetzungen wir die Möglichkeit haben, eine kommunale Abgabe bei längerfristigen Leerständen von Wohnimmobilien zu erheben.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass alle bisher geplanten und in den Haushalt eingestellten Investitionsmaßnahmen auch dieser Haushaltsplanung zugrunde liegen.

Kritisch anzumerken bleibt: Mit Ausnahme weniger Zuschussempfänger aus dem Bereich des Dezernates III sind in der Haushaltsplanung die Zuschüsse nicht dynamisiert eingeplant. Dies hat zur Folge, dass wir uns auch bei den anstehenden Beratungen erneut mit einer Vielzahl von Erhöhungsanträgen werden beschäftigen müssen.

Als SPD-Fraktion werden wir deshalb wieder einen Antrag einbringen, der die Verwaltung auffordert, bis Mitte 2024 dem Gemeinderat ein tragfähiges Konzept vorzulegen, wie zukünftig eine Anpassung der Zuschüsse erfolgen kann. Die Umsetzung ist für den nächsten Doppelhaushalt vorzusehen.

Wir setzen uns insgesamt dafür ein, dass die Haushaltsaufstellung zukünftig mehr Transparenz schafft im Hinblick darauf, welchen Zielgruppen in der Stadt die verausgabten Mittel zu welchen Anteilen zugutekommen. Hierzu haben wir uns als Kommune nicht zuletzt mit der Unterzeichnung der Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene verpflichtet.

Die folgenden inhaltlichen Schwerpunkte sind für uns Sozialdemokrat:innen bei den anstehenden Haushaltsberatungen besonders wichtig:

## **1. Familien entlasten – KiTa-Ausbau forcieren – Masterplan Schulentwicklung auf den Weg bringen**

Obwohl wir in den letzten Jahren große Anstrengungen zur Verbesserung der KiTa-Situation unternommen haben, fehlen nach wie vor KiTa-Plätze in erheblichem Umfang. Verschärfend kommt der Fachkräftemangel hinzu. Das stellt Eltern und insbesondere Alleinerziehende vor große Probleme, einen wohnortnahen KiTa-Platz mit verlässlichen Öffnungszeiten zu erhalten.

Für uns ist die frühkindliche Bildung ein zentraler Baustein der Bildungsgerechtigkeit. Eine wichtige Entscheidung zur Verbesserung der Situation bei der frühkindlichen Bildung haben wir in diesem Jahr getroffen: Unsere BBS (Bau- und Betriebsservice GmbH) hat ihr Geschäftsmodell erweitert und ist nun auch für den Bau und die Bewirtschaftung von Kindertagesstätten zuständig. Wir verbinden damit die Erwartung, dass Baumaßnahmen von der Planung bis zur Fertigstellung deutlich beschleunigt werden können. Dazu ist es notwendig, dass die Bearbeitungszeiten bei Bauanträgen verkürzt und Baumaßnahmen möglichst in modularer Bauweise ausgeführt werden.

Die freien Träger brauchen eine höhere finanzielle Unterstützung im investiven Bereich. Bereits Anfang dieses Jahres haben wir dazu einen Antrag gestellt, um in Abstimmung mit den freien Trägern die Förderrichtlinien für Investitionszuschüsse zu überarbeiten und anzupassen.

Auch bei der Einrichtung von Wald- und Wiesenkindergärten sehen wir noch Luft nach oben. Dies gilt sowohl für freie Träger als auch für uns als Stadt. Gerade kleinere freie Träger brauchen hier mehr dezernatsübergreifende Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Flächen bis hin zur Antragstellung.

Aber auch wir als Stadt sollten unser Angebot in diesem Segment ausweiten. Wir bitten daher die Verwaltung zu prüfen, ob Wald- und Wiesenkindergärten im Herzogenriedpark, dem Luisenpark oder auf Spinelli eingerichtet werden können.

Als SPD unterstützen wir die weitere Einrichtung von Familien-KiTas und erwarten, dass die dazu benötigten Stellen umgehend ausgeschrieben und besetzt werden. Dessen ungeachtet dürfen wir auch die niedrighschwelligigen Angebote der Eltern-Kind-Zentren (EKiZ) nicht aus dem Blick verlieren. Diese Angebote vor Ort in den Sozialräumen 3-5 sind bei Eltern sehr stark nachgefragt.

Die Deckung des Fachkräftebedarfs für KiTas ist für alle Kommunen eine große Herausforderung. Dafür gibt es keine Patentrezepte, aber kleine Mosaiksteine, die wir bewegen sollten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die PiA-Ausbildung weiter ausgebaut und noch attraktiver gestaltet wird. Um mehr Fachkräfte von außerhalb gewinnen zu können, sollten wir mit unserer GBG prüfen, wie wir diesen Personenkreis besser unterstützen können, um eine adäquate Wohnung in Mannheim finden zu können.

Auch beim Schulbau sind die Aufgaben gewaltig, z.B. bei der Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Platz in einer Ganztagsgrundschule. Einige Schulgemeinschaften konnten wir bisher überzeugen, sich auf den Weg zu machen, wie beispielsweise die Käthe-Kollwitz-Schule in der Neckarstadt-Ost. Diese Entscheidungen bedeuten aber immer auch, dass wir in die Schulbauten erhebliche Mittel investieren müssen., z.B. um ein Mensaangebot sicherstellen zu können.

Auch bei den weiterführenden Schulen haben wir in den nächsten zehn Jahren hohe Investitionsbedarfe. In der mittelfristigen Finanzplanung sind bei weitem nicht alle notwendigen Neubau- und Sanierungsmaßnahmen bisher überhaupt bzw. ausreichend abgebildet. Ich nenne hier nur den Neubau der beiden Geschwister-Scholl-Schulen auf der Vogelstang, Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an der Waldschule in der Gartenstadt, die Generalsanierung des Humboldt-Stammgebäudes in der Neckarstadt-West, den Neubau einer weiteren Gemeinschaftsschule im Mannheimer Süden.

Die größten Herausforderungen identifizieren wir bei unseren berufsbildenden Schulen: konkret bei der Carl-Benz- und der Werner-von-Siemens-Schule und dem dazugehörigen

Werkstattgebäude. Die uns vorliegende Machbarkeitsstudie schätzt das dafür notwendige Investitionsvolumen auf voraussichtlich ca. 250 Millionen Euro. Investitionen, die notwendig sind – gerade auch für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Mannheim und die Begleitung des Transformationsprozesses.

Wir regen deshalb an, dass wir uns bis zur nächsten Haushaltsberatung auf einen Masterplan verständigen, wie diese Bildungsinvestitionen, mit welcher Priorität und in welchem Zeitraum umgesetzt werden können.

Aus nahezu allen Stadtteilen erreichen uns Hilferufe der Schulgemeinschaften, die uns auffordern, Maßnahmen zu treffen, um die Kinder auf ihrem Schulweg besser zu schützen. Hier erwarten wir mehr Kreativität der Verwaltung, insbesondere des Fachbereichs für Sicherheit und Ordnung, um Möglichkeiten zu schaffen, auch Straßen, zumindest temporär, für den motorisierten Individualverkehr zu sperren. Das Beispiel der Rheinaugrundschule verdeutlicht den dringenden Handlungsbedarf!

Die neu auf den Weg gebrachten Jugendtreffs Luzenberg, Neuhermsheim und Franklin sind im Haushalt abgebildet. Die kürzlich durch das Dezernat III vorgelegte und vom Gemeinderat beschlossene Bestands- und Bedarfsermittlung der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Mannheim zeigt auf, welche Handlungsbedarfe und Perspektiven bestehen.

Im Juli 2023 hat der Gemeinderat mehrheitlich den Grundsatzbeschluss gefasst, dass Stadtjugendring und Jugendkulturzentrum forum zukünftig auf Spinelli in der U-Halle ihren Platz finden sollen. Wir erwarten von der Verwaltung, dass dem Gemeinderat zügig eine Vorlage über den Maßnahmenbeschluss vorgelegt wird.

## **2. Planungen für Stadtbibliothek zügig abschließen – Finanzierung sicherstellen**

Eine neue und zeitgemäße Stadtbibliothek als multifunktionales Bildungshaus an einem Ort hat für die SPD-Gemeinderatsfraktion höchste Priorität. Die Angebote richten sich an alle Bevölkerungsschichten in sämtlichen Altersgruppen. 630.373 Besuche im Jahr 2022 sprechen eine deutliche Sprache, das ist eine beachtliche Zahl.

In insgesamt sechs Gemeinderatsvorlagen im Zeitraum der letzten sieben Jahre wurden alle notwendigen Beschlüsse gefasst, bis hin zur Auslobung eines Wettbewerbs. Mehrheitlich hat der Gemeinderat entschieden, dass die neue Stadtbibliothek in N 2 errichtet und dabei auch der Dalbergplatz deutlich aufgewertet werden soll.

Die Wettbewerbsergebnisse liegen seit Jahren vor, aber die Planungen wurden bisher – aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar – nicht bis zur Leistungsstufe 3 als Voraussetzung für die Einplanung von Haushaltsmitteln abgeschlossen. Auch durch den langen zeitlichen Vorlauf

haben sich zwischenzeitlich die Kostenschätzungen deutlich auf ca. 80 Millionen Euro erhöht.

Der Oberbürgermeister hat in seiner Haushaltsrede angekündigt, dass die Planungen vorangetrieben und dabei auch eventuelle Kostenreduzierungen eruiert werden sollen. Das unterstützen wir grundsätzlich. Für uns ist letztlich nicht ausschlaggebend, ob die Realisierung mit oder ohne Tiefgarage erfolgen soll.

Wir erwarten allerdings, dass noch in diesem Jahr eine Grundsatzentscheidung über die Planungsprämissen der neuen Stadtbibliothek am Standort N 2 erfolgt. Dazu ist eine entsprechende Beschlussvorlage notwendig. Auf dieser Grundlage muss dann der Maßnahmengenehmigungsbeschluss nach Erreichen der Planungsstufe 3 noch im 1. Halbjahr 2024 erfolgen, damit die Verwaltung dies bei der Aufstellung des Haushalts 2025 einplanen kann.

### **3. Stadtentwicklung vorantreiben – Grundstücksankäufe forcieren**

Nach dem knappen Bürgerentscheid 2013 haben wir uns in teilweise heftigen politischen Auseinandersetzungen zehn Jahre lang mit der Planung für die beiden BUGA-Standorte Luisenpark und Spinelli auseinandergesetzt. Das waren manchmal keine einfachen Diskussionen. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir als SPD immer vorbehaltlos an der Seite derjenigen standen, die eine Gartenschau als Motor für die Stadtentwicklung gesehen haben. Der Erfolg hat uns Recht gegeben: 2,2 Millionen Besucher:innen, eine tolle mediale Präsenz über ein halbes Jahr und kaum noch kritische Stimmen.

Die aktuelle Diskussion um eine mögliche Nachnutzung von Teilen des Experimentierfeldes unter Beachtung der ökologischen Belange und der Nachhaltigkeit ist sinnvoll und notwendig. Allerdings müssen Entscheidungen zeitnah getroffen werden, bevor der Rückbau komplett erfolgt ist.

Auch die Konversion von ehemaligen amerikanischen Militärflächen hat Mannheim nachhaltig verändert. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Trotzdem können wir eine sehr positive Zwischenbilanz ziehen, die ohne unsere Entwicklungsgesellschaft MWSP nicht zu erreichen gewesen wäre.

Am Ende werden auf Turley, Spinelli und Franklin mehr als 15.000 Menschen wohnen und leben. Der Grünanteil ist dabei bei allen Quartieren erheblich. Wir haben die Chance genutzt, dringend benötigten Wohnraum zu schaffen: Miet- und Eigentumswohnungen, Geschosswohnungsbau und Einfamilienhäuser auch für junge Familien. Am Ende werden allein auf diesen drei Konversionsflächen mehr als 1.500 Wohnungen im bezahlbaren Segment aufgrund der von uns auf den Weg gebrachten 30 %-Quote zur Verfügung stehen.

Zukunftsperspektiven für Familien, die ansonsten vor großen existenziellen Probleme stehen würden.

Die Entwicklung neuer Konversionsflächen – wenn auch im Umfang nicht vergleichbar mit den amerikanischen Kasernengeländen – wird uns aber weiterhin beschäftigen. Ich denke dabei auch an das Gelände der ehemaligen Spiegelfabrik auf dem Luzenberg, sobald wir die Fläche erworben haben. Erste Ideen dafür gibt es bereits.

Mannheim wächst weiter. Deshalb brauchen wir nach wie vor zusätzlichen Wohnraum – vor allem auch mehr preisgünstige Wohnungen und das bei veränderten Rahmenbedingungen. Dabei hat für uns Innenverdichtung eindeutig Priorität vor Außenerschließung.

Mitte 2023 hat die Mehrheit des Gemeinderates das 12-Punkte-Programm für Wohnen weiterentwickelt. Unter bestimmten Voraussetzungen wurde die Quote auf 40 % erhöht und weitere wohnungspolitische Handlungsinstrumente beschlossen. Erstmals haben wir eine Milieuschutzsatzung für den Stadtteil Jungbusch erlassen und die Verwaltung beauftragt zu prüfen, in welchen weiteren Stadtteilen eine solche Satzung möglich und sinnvoll ist.

Vor einigen Jahren haben wir eine veränderte Grundstücksstrategie beschlossen. Als Ziel haben wir vorgegeben, das städtische Vermögen zu mehren, indem mehr Grundstücke angekauft als verkauft werden sollen. Dafür haben wir auch einen Bodenfonds mit jährlich 2 Millionen Euro eingerichtet. Die Zwischenbilanz ist aus unserer Sicht ernüchternd. Nach wie vor verkaufen wir wertmäßig deutlich mehr Grundstücke als wir ankaufen.

Deshalb werden wir zu den Haushaltsberatungen einen Antrag stellen, der die Verwaltung auffordert, uns bis Mitte 2024 ein Konzept vorzulegen, wie wir eine Umkehr in der Grundstückspolitik tatsächlich realisieren können. Als weiteren Schritt in diese Richtung wollen wir die Zuführung in den Bodenfonds um jährlich 1 Million Euro erhöhen.

Unsere GBG ist neben der MWSP einer der wichtigsten Akteure für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung und für die Zurverfügungstellung von preiswertem Wohnraum. Die Durchschnittsmiete in den ca. 20.000 Wohneinheiten der GBG liegt aktuell bei 7,04 Euro je Quadratmeter Kaltmiete und damit 1,40 Euro unter dem Mietspiegel. Wir setzen uns als SPD auch zukünftig dafür ein, dass die Mieten in den GBG-Wohnungen deutlich unter dem Mietspiegel liegen. Verkäufe von Bestandsimmobilien lehnen wir weiterhin ab.

#### **4. Herausforderungen des Klimawandels annehmen – Klimaschutzaktionsplan umsetzen**

Der Haushaltsplan sieht vor, dass über den Klimafonds jährlich 10 Millionen Euro für Investitionen in den Klimaschutz zur Verfügung stehen. Im vergangenen Jahr standen als Anschubfinanzierung 3 Millionen Euro im Haushalt. Bei genauerer Betrachtung sind allerdings nur ca. 5,5 Millionen Euro fest eingeplant, der Rest steht nur dann zur Verfügung,



wenn entsprechende Kofinanzierungen über Zusagen aus Förderprogrammen erfolgen. Über die Notwendigkeit der Investitionen in Höhe des Haushaltsansatzes im Rahmen der Vorgaben des Klimaschutzaktionsplanes besteht hoffentlich kein Zweifel. Wir sollten deshalb alles daransetzen, dass die eingeplanten Investitionen auch tatsächlich umgesetzt werden können, selbst wenn die Kofinanzierung geringer ausfallen sollte.

Als SPD-Fraktion wollen wir zudem das Thema Entsiegelung stärker in den Fokus rücken. In jedem Stadtteil sollte in den nächsten Jahren mindestens eine größere Fläche entsiegelt oder zumindest teilentsiegelt werden und das in Abstimmung mit den Bezirksbeiräten.

Wir begrüßen die Ankündigung, dass der Gemeinderat spätestens Anfang nächsten Jahres die kommunale Wärmeplanung beschließen soll. Wir erwarten allerdings, dass der Anteil der Haushalte, die mit Fernwärme versorgt werden, weiter erhöht wird. Die ersten Vorüberlegungen gehen in die richtige Richtung, sind aber aus unserer Sicht noch ausbaufähig. Zentraler Player ist dabei die MVV Energie AG.

Die ambitionierte Planung, dass bis zum Jahre 2030 die komplette Fernwärme aus erneuerbaren Energien gewonnen werden soll, wird nur dann umsetzbar sein, wenn auch Tiefengeothermie in nicht unerheblichem Umfang genutzt werden kann. Voruntersuchungen dazu laufen. Wir sollten die Zeit nutzen, die Bürgerinnen und Bürger auf diesem Weg mitzunehmen. Dies setzt voraus, dass wir als Gemeinderat in großer Mehrheit diesen Weg unterstützen.

Das GKM hat nach wie vor eine große Bedeutung für unsere Strom- und Wärmeversorgung in den nächsten Jahren. Der Betrieb muss also lange aufrechterhalten werden, bis wir komplett auf erneuerbare Energien umsteigen können. Das klingt banal, ist aber eine riesige Herausforderung.

Unabdingbar dafür ist, dass die hochqualifizierten Beschäftigten an Bord bleiben und freiwerdende Stellen wiederbesetzt werden können. Dazu ist es aus unserer Sicht dringend erforderlich, dass endlich für den GKM-Standort und die Beschäftigten auch über das Jahr 2030 hinaus tragfähige, beschäftigungswirksame Perspektiven entwickelt werden. Hier stehen die Anteilseigner RWE, ENBW und MVV Energie in allererster Linie in der Verantwortung. Als Stadt sollten wir allerdings noch deutlicher als bisher unsere Erwartungen adressieren, dies gilt auch mit Blick auf den Erhalt der wichtigen Ausbildungsstätte.

## **5. Masterplan Mobilität priorisieren – gerechtere Aufteilung des öffentlichen Raums**

Der Masterplan Mobilität soll den Handlungsrahmen zur Steuerung der Mobilität in den nächsten 15 bis 20 Jahren abstecken. In verschiedenen Beteiligungsformaten wurden die

Diskussionen in den letzten Jahren geführt. Dem Gemeinderat soll in wenigen Monaten dazu eine Beschlussvorlage vorgelegt werden.

Die Aufgaben, vor denen wir stehen, sind gigantisch. Ob im ÖPNV, dem Rad- und Fußverkehr, dem motorisierten Individual- und Wirtschaftsverkehr, überall stehen weitreichende Entscheidungen an.

In den Zielen sind wir uns im Gemeinderat nach meiner Einschätzung weitgehend einig. Die Priorisierung der vorgeschlagenen Maßnahmenbündel und die Umsetzungszeiträume werden sicherlich zu kontroversen Diskussionen führen. Und dann steht noch die ganz große Frage der Finanzierung. Ohne massive Unterstützung durch Land und Bund können wir unsere sehr ambitionierten Zielsetzungen nicht erreichen. Trotzdem bleiben wir als SPD-Fraktion optimistisch und werden die weiteren Schritte konstruktiv begleiten.

Ein wichtiger Aspekt im Rahmenplan Mobilität ist auch die gerechtere Aufteilung des öffentlichen Raums in der Innenstadt, aber auch in den Stadtteilen. Unsere City muss auch zukünftig ein attraktiver Wohn- und Handelsstandort bleiben. Hier leben mehr als 25.000 Menschen, gleichzeitig ist unsere Innenstadt das Handelszentrum für die gesamte Region und daher für unsere Stadt wirtschaftlich von großer Bedeutung. Die Herausforderung besteht darin, die unterschiedlichen Interessen der Anwohner:innen, des Handels, der Beschäftigten, der Kund:innen, der Fußgänger:innen und Radfahrer:innen, der Nutzer:innen des ÖPNV, aber auch des motorisierten Individualverkehrs ausgewogen zu berücksichtigen.

Das Stadtzentrum muss für alle erreichbar bleiben. Eine komplett autofreie Innenstadt lehnen wir als SPD ab. Allerdings muss der Durchgangsverkehr und die Poser-Szene so weit wie möglich aus der Innenstadt verbannt und der Parksuchverkehr deutlich reduziert werden. Notwendig sind weniger ruhender Verkehr durch parkende Autos auf den Straßen, die intensivere Nutzung der ca. 9.500 Parkplätze in den Tiefgaragen, mehr und attraktivere Fahrradstraßen, mehr Freiräume für Fußgänger:innen.

Insgesamt müssen wir unsere City attraktiver und verkehrsberuhigter gestalten. Deshalb sind auch weitere bauliche Veränderungen notwendig. Das neue Parkleitsystem kann zur Verkehrsberuhigung wesentlich beitragen, wenn wir es intensiv bewerben und die Nutzungsvorteile herausstellen.

Der Verkehrsversuch hat uns wichtige Erkenntnisse als Entscheidungsgrundlage geliefert: eine Reduzierung des KFZ-Verkehrs teilweise in erheblichem Umfang vor allem in der Fressgasse, eine deutliche Zunahme des Radverkehrs und spürbare Verkehrsberuhigungen.

Wir müssen zeitnah notwendige Entscheidungen treffen, die natürlich nur in Etappen umgesetzt werden können. Deshalb hat der Gemeinderat vor wenigen Monaten die Verwaltung aufgefordert, auf Basis des Verkehrsversuchs eine Konzeption mit einer ersten Stufe im November 2023 vorzulegen.

Wir fragen Sie deshalb, Herr Oberbürgermeister, nachdem Sie die Angelegenheit zur Chefsache erklärt haben: Wann werden wir eine Beschlussvorlage erhalten oder wollen Sie etwa den Gemeinderatsbeschluss negieren?

Wir könnten uns vorstellen, dass in einem ersten Schritt – einer ersten Etappe – eine Umgestaltung der Fressgasse mit zeitweiser Sperrung für den Durchgangsverkehr beschlossen wird. Allerdings sollte dabei sichergestellt werden, dass keine erheblichen zusätzlichen Belastungen für die Anwohner:innen z.B. in der Erbprinzenstraße entstehen.

## **6. Vereine und Ehrenamt stärken**

Sport- und Kulturvereine, das Ehrenamt im Allgemeinen, sind für eine funktionierende Stadtgesellschaft unentbehrlich. Deshalb brauchen wir mehr Orte für Begegnungen, bessere organisatorische und finanzielle Unterstützungen der Vereine.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion unterstützt ausdrücklich die Einrichtung eines Fonds in Höhe von 200.000 Euro jährlich zur Unterstützung von Vereinen. Darüber hinaus brauchen wir eine Art Lotsenstelle für Vereine innerhalb der Verwaltung. Die angekündigte Koordinierungsstelle im Fachbereich Demokratie und Strategie ist deshalb zügig einzurichten, um Vereine schnellstens zu entlasten. Beides hatten wir ja bereits im März 2023 beantragt.

Mannheim braucht mehr Sauberkeit, in der Innenstadt, aber auch in den Stadtteilen. Wir haben trotz aller bisherigen Anstrengungen ein nachhaltiges Müllproblem, die Verschmutzung von Flächen und Räumen durch Müll nimmt stetig zu und illegale Sperrmüllablagerungen, vor allem in den urbanen Stadtteilen, verschärfen diese Problematik noch. Wir haben in den vergangenen Jahren auch aufgrund unserer Initiativen das Personal im Eigenbetrieb Stadtraumservice erhöht. Sollte das nicht ausreichen, müssen wir hier noch gezielt nachjustieren.

Bereits im Jahre 2016 haben wir als SPD-Fraktion die Einführung von sogenannten Mülldetektiven gefordert. Endlich wurde dafür jetzt ein Konzept vorgelegt und Personal eingestellt, um ab 2024 einerseits proaktiv tätig zu werden und andererseits gemeinsam mit dem Fachbereich Sicherheit und Ordnung auch Bußgelder verhängen zu können, um denjenigen die „rote Karte“ zu zeigen, die sich unsozial gegenüber der Allgemeinheit verhalten. Von der Verwaltung erwarten wir, dass darüber im zuständigen Ausschuss regelmäßig eine Berichterstattung erfolgt, insbesondere auch über die Anzahl der Ahndungen.

Darüber hinaus brauchen wir mehr bürgerschaftlich getragene Initiativen, die sich für die Sauberkeit vor Ort engagieren. Ein positives Beispiel dafür ist die Bürgerinitiative „Umweltpaten Herzogenried“, die versucht, die Bevölkerung vor Ort für das Thema

Müllvermeidung und Sauberkeit zu sensibilisieren. Dazu tragen auch die regelmäßigen Putzaktionen in den Stadtteilen von Vereinen, Organisationen, Schulen und KiTas bei.

Auch das Quartiermanagement und die Quartierbüros in den Stadtteilen sind für den Zusammenhalt von besonderer Bedeutung. Wir unterstützen deshalb die Ausweitung des Projektes Lokale Stadterneuerung auf die Stadtteile Rheinau und Vogelstang.

An der Notwendigkeit der Fortsetzung und Intensivierung der Quartiersarbeit besteht für uns kein Zweifel. Haushaltsmäßig muss hier nachgebessert werden. Wir gehen davon aus, dass wir noch vor den Haushaltsberatungen dazu eine Vorlage erhalten, so wurde es zumindest vor kurzem im politischen Beirat Quartiermanagement angekündigt.

Mannheim ist auch regionales Oberzentrum für Zuwanderung. Daraus ergeben sich Chancen und Herausforderungen: Chancen u.a. für den angespannten Arbeitsmarkt, Herausforderungen aufgrund der bereits fehlenden Wohnungen, KiTa- und Schulplätzen sowie Engpässen im Gesundheitsbereich. Die zentrale Herausforderung ist die Unterbringung der anerkannten Geflüchteten. Wir begrüßen daher die Bildung einer Organisationseinheit „Vulnerable Gruppen“, um mittel- und langfristige Perspektiven zu erarbeiten. Es gilt alles daranzusetzen, um zu verhindern, dass Geflüchtete in Sporthallen oder Zeltstädten untergebracht werden müssen. Wir bieten ausdrücklich unsere Kooperationsbereitschaft und Zusammenarbeit an.

## **7. Kultur stiftet Identität und fördert den Zusammenhalt**

Kultur als gesellschaftsverbindender Treiber mit den vielfältigen Bildungs- und Freizeitangeboten und auch als Magnet für Besucher:innen unserer Stadt braucht unsere besondere Unterstützung.

Die freie Kulturszene, die in der Regel von der Hand in den Mund lebt, wurde zwar in den letzten Jahren auch aufgrund unserer Initiativen durch die Erhöhung der Fördermittel besser unterstützt als zuvor. Durch die deutlichen Preissteigerungen bei Energie-, Sach- und Personalkosten hat sich aktuell jedoch die Situation wieder verschlechtert. Deshalb sind die vorgesehenen und im Haushaltsplan enthaltenen Erhöhungen der institutionellen Förderung um 700.000 Euro und die Verbesserung der Live-Musik Unterstützung sinnvoll und notwendig.

Über einzelne bisher noch nicht abgedeckte Förderanträge werden wir uns im Rahmen der Haushaltsberatungen verständigen müssen. Ein Beispiel dafür ist das Folgeprojekt für ALTER-Oase am Alten Messplatz.

Die Generalsanierung des Nationaltheaters (NTM) – eine weitgehend einvernehmliche Entscheidung des Gemeinderates – ist eine der ganz großen Herausforderungen der nächsten Jahre. Weitere Zeitverzögerungen sind unbedingt zu verhindern. Mögliche

Kostensteigerungen müssen durch Einsparungen durch das NTM an anderer Stelle aufgefangen werden.

Entschieden werden muss auch, ob nach der Fertigstellung der Ersatzspielstätte OPAL tatsächlich noch alle teuren Ersatzspielstätten für die Oper notwendig sind. Erinnern möchte ich nochmals an unsere Anregungen auch die Stadtteile und ihre Kulturhäuser stärker als bisher durch das Theater zu nutzen.

Auch andere große und wichtige Kultureinrichtungen, wie beispielsweise unsere Museen, treffen die Energie- und Personalkostensteigerungen erheblich. Hier müssen langfristig tragende Konzepte erarbeitet werden – beim Technoseum zusammen mit dem Land – die auch noch Spielräume lassen für attraktive Ausstellungsplanungen.

## **8. Carl-Benz-Stadion – Sanierung oder Neubau**

Im letzten Jahr haben wir beschlossen, für die Ertüchtigung des Carl-Benz-Stadions für die Drittligatauglichkeit 7 Millionen Euro zu investieren. Ein Teil davon wurde bereits verausgabt. Unabhängig davon wird seit geraumer Zeit darüber diskutiert, ob das Carl-Benz-Stadion grundlegend saniert und modernisiert werden sollte oder ob ein Neubau an anderer Stelle die sinnvollere Alternative wäre.

Für die Modernisierung des Carl-Benz-Stadions liegen erste Überlegungen sowie grobe Kostenschätzungen vor. Als mögliche Standorte für ein neues Stadion sind im Gespräch: das Spiegelgelände auf dem Luzenberg, das Bösfeld und ein großer Parkplatz direkt angrenzend an den Rhein-Neckar-Flughafen.

Für uns scheidet das Bösfeld aus naturschutzrechtlichen und ökologischen Gründen aus. Das Spiegelgelände ist zu klein, verkehrstechnisch problematisch und dringend notwendig für weitere Wohnbebauung. Also bliebe nur der Parkplatz am Flughafen. Bisherige Informationen haben diesen Standort vor allem aus Gründen der Flugsicherheit ausgeschlossen.

Gibt es dazu zwischenzeitlich neue und andere Erkenntnisse? Oder ist daran gedacht, den Flughafen aufzugeben? Dazu erwarten wir zeitnah eine klare Positionierung der Verwaltung.

Ohne Standortalternativen bleibt nur der Ausbau des Carl-Benz-Stadions am bisherigen Standort. Für die SPD ist klar: Unabhängig von der Standortfrage muss sich ein Stadion an den Interessen der Fans orientieren und der besonderen Fankultur des SV Waldhof gerecht werden. Mehr VIP-Logen zulasten der Plätze für die Fans werden wir nicht mittragen. Wir erwarten außerdem, dass die Verantwortlichen des SVW endlich auch ihre Vorstellungen über die Finanzierung eines generalsanierten oder neuen Stadions auf den Tisch legen.

Zum Ende gilt mein Dank den Mitarbeiter:innen der Verwaltung, den Personalrät:innen in den Fachbereichen und Dienststellen, der kritischen Reflektion und der Mitarbeit meiner Fraktionskolleg:innen sowie der Unterstützung durch unsere Fraktionsgeschäftsstelle.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "R. Göttsche". The signature is written in a cursive style with a large initial "R" and a long, sweeping tail for the "Göttsche" part.

SPD-Gemeinderatsfraktion Mannheim

Rathaus E5

68159 Mannheim

Tel. 0621 / 293-2090

[spd@mannheim.de](mailto:spd@mannheim.de)

[www.spdmannheim.de](http://www.spdmannheim.de)

 [spdmannheimgemeinderat](https://www.instagram.com/spdmannheimgemeinderat)

 [SpdFraktionMannheim](https://www.facebook.com/SpdFraktionMannheim)

FRAKTION  
MANNHEIM

**SPD**